

I 006 Wolfgang Pieper und Kollegen, ver.di

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Europa aus der Geiselnhaft der Finanzmärkte befreien

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Finanzmärkte haben die Eurozone in Geiselnhaft genommen. Investmentbanken und Hedge-Fonds spekulieren seit Monaten auf die Pleite stark verschuldeter Mitgliedsstaaten. Dass es so weit kommen konnte, ist das Versagen der Politik. Die Politik hat keine Lehren aus der größten Finanzmarktkrise seit 80 Jahren gezogen. Noch immer ist das Casino geöffnet.

Nun hat die Politik gehandelt. Mit einem 750 Milliarden Rettungsschirm soll die Eurozone vor den Spkulanten gerettet werden. Das ist gut so. Der Schutzschirm kauft jedoch nur Zeit. Die Probleme bleiben.

Die Finanzhilfen für kriselnde Euro-Staaten sind wie im Falle Griechenlands an harte und nicht hinnehmbare Auflagen geknüpft. Wieder müssen Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner mit Lohnkürzungen, Einschnitten bei Renten und Sozialleistungen sowie einer Anhebung der Mehrwertsteuer die Zeche für die Krise zahlen. Dies hätte für Volkswirtschaften und ihre Bevölkerung katastrophale Folgen: Wachstum und Steuereinnahmen würden sinken, Arbeitslosigkeit und Schulden würden weiter steigen. Die Eurozone droht zu einer Deflationsgemeinschaft zu degenerieren. Deswegen solidarisieren wir uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen in diesen Ländern. Wir unterstützen ihren Kampf gegen eine falsche Politik.

Zur Lösung der Krise der Eurozone sind grundlegende Reformen erforderlich: Neben sofortigen Finanzhilfen für die kriselnden Mitgliedsstaaten braucht es eine Reform des monetären Ordnungsrahmens, eine strikte Kapitalmarktregulierung und einen solidarischen Abbau der Ungleichgewichte in der Eurozone.

Deshalb fordert der DGB-Bundeskongress:

- Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden. Zwar darf die Europäische Zentralbank inzwischen Staatsanleihen auf den Kapitalmärkten aufkaufen. Das reicht aber nicht aus. Wir brauchen eine „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“ (European Bank for Public Bonds). Sie kauft Staatsanleihen, hinterlegt sie als Sicherheit bei der Europäischen Zentralbank und bekommt dafür frisches billiges EZB-Geld. Das Geld leitet sie niedrig verzinst an die Mitgliedsstaaten weiter.
- Die Bewertung der Bonität von Mitgliedsstaaten darf zukünftig nicht mehr von privaten Ratingagenturen, sondern muss direkt von der Europäischen Zentralbank vorgenommen werden.
- Der Markt für Kreditausfallversicherungen (CDS) muss geschlossen werden. Kreditausfallversicherungen schaffen nur eine Scheinsicherheit. Wenn Investoren sich gegen Risiken absichern wollen, dann sollen sie ihr Portfolio diversifizieren. Dafür braucht man keine Kreditausfallversicherungen.
- Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe. Eine Finanztransaktionssteuer verteuert vor allem die kurzfristigen Finanztransaktionen und macht die auf schnelle Rendite abzielenden Finanztransaktionen unrentabel.

-
- Finanzprodukte müssen von einem öffentlich-rechtlichen „TÜV“ bewertet und gegebenenfalls verboten werden (z. B. Leerverkäufe).
 - Die Ungleichgewichte in der Eurozone müssen solidarisch abgebaut werden. Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit von Nord und Süd muss harmonisiert werden, indem die größte Volkswirtschaft der Eurozone mit höheren Löhnen und mehr öffentlichen Investitionen gegensteuert.
 - Die wichtigsten Zentralbanken der Welt werden aufgefordert, mit gegenseitigen Besitzstandspflichten und Interventionen auf den Devisenmärkten die Wechselkurse gegen Devisenspekulanten zu stabilisieren. Es ist angesichts der Angriffe und Wetten der Spekulanten gegen den Euro höchste Zeit, die ersten Schritte zum Aufbau eines neuen festen Wechselkurssystems zwischen den wichtigsten Währungen der Welt vorzunehmen und den Spekulationen den Nährboden für ihre Attacken zu nehmen.